



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zu den Anträgen:

**Innovationsoffensive "Weg vom Öl" - Wer zu spät kommt, den trifft der
Preisschock**

und

Landesinitiative Energieeinsparung

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP -

Drs. 15/3473 (Erste Beratung)

110. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 25. Januar 2007

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Dame und Herren! Herr Thiele ist schon sehr intensiv auf den Entschließungsantrag unserer Fraktionen eingegangen. Ich will zunächst einmal auf den Entschließungsantrag der Grünen eingehen, Herr Janßen. In diesem Antrag wird in einigen Punkten schön laviert. Die Überschrift lautet: „Innovationsoffensive ‚Weg vom Öl‘ - Wer zu spät kommt, den trifft der Preisschock“. Unter einem Spiegelstrich ist weiterhin zu lesen:

„Hohe Gas- und Ölpreise sind Ursache für einen steigenden Kaufkraftabfluss
...“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hätten wir Ihnen schon vorher sagen können. Grüne Krokodilstränen über hohe Energiepreise sind mittlerweile schlicht und einfach unglaubwürdig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich könnte hier jetzt aus zahlreichen Beschlüssen von Bundesparteitagen der Grünen zitieren, in denen Sie hohe Energiepreise immer wieder hochhalten und sagen: Dann sparen die Menschen endlich Energie. - Das will ich nicht tun. Ich will aber auf eines hinweisen. Der größte Preistreiber bei den Energiepreisen war in den

vergangenen Jahren die rot-grüne Bundesregierung von 1998 bis 2005, niemand anders.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- Die Fakten kann man nicht bestreiten, auch wenn Sie jetzt den Kopf schütteln, Herr Meyer. – In dieser Zeit wurde die Gassteuer um 50 % erhöht. Wie es bei der Ökosteuern gelaufen ist, haben wohl wir alle an der Tankstelle mitbekommen. Insofern sollten Sie sich nicht - auch nicht hier in diesem Hause - über hohe Energiepreise beschweren. Zum einen ist in diesem Zusammenhang also das Thema Steuererhöhungen zu nennen.

Zum anderen geht es aber natürlich auch um die Energiepolitik selbst. Sie wollen - das muss man der Öffentlichkeit immer wieder in Erinnerung rufen, weil es durch Ihre Worte bisweilen kaschiert wird - bis zum Jahre 2020 beim Strommix einen Anteil der erneuerbaren Energien von 20 % haben. Herr Haase, mir liegen dazu Zitate von Herrn Gabriel aus dem Deutschen Bundestag vor: 20 % als Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020. Das bezieht sich ziemlich genau auf den Zeitpunkt, zudem zumindest nach Ihrer Auffassung die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen sollen. Wenn man keine Kernenergie mehr im Strommix hat und der Anteil der erneuerbaren Energien 20 % beträgt, dann bedeutet das, dass 80 % auf fossile Energieträger entfallen. Das ist Ihre Politik, Herr Kollege Haase.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Die Rechnung war schon damals falsch! Das haben Sie schon damals nicht verstanden!)

In dem Antrag der Grünen wird auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz angesprochen. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Wenn der Staat für Strom aus erneuerbaren Energien Mindestpreise festlegt, die weit über dem Marktwert liegen, können der Energiepreis und der Strompreis am Ende nicht sinken. Das ist schlicht und einfach nicht möglich, und zwar weder wirtschaftlich noch mathematisch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Letztlich sind es die Verbraucher, die den Preis zahlen müssen.

Ich will für meine Fraktion hier noch einmal ganz deutlich sagen: Es ist überhaupt keine Frage, dass wir die erneuerbaren Energien brauchen. Wir brauchen sie im Strommix der Zukunft. Natürlich brauchen wir irgendwann einen Anteil von mehr als 20 %. In der Hinsicht sind wir uns in der Sache wohl einig. Wir brauchen aber erneuerbare Energien, die auch im Wettbewerb bestehen können; denn nur marktwirtschaftliche Modelle bringen uns am Ende nach vorn.

Nun noch ein Wort zu der Kritik am Abstandserlass dieser Landesregierung, der einen Abstand von 1 000 m von der Wohnbebauung vorsieht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen Sie einmal in die Regionen, wo Windräder in den Vorranggebieten gebaut werden, und sprechen Sie einmal mit den Menschen erstens über die Privilegierung im Außenbereich und zweitens über die hohe Einspeisevergütung aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Durch Ihre

Politik hat gerade die Windenergie - ich füge hinzu: leider – in Niedersachsen erheblich an Akzeptanz verloren. Dieses Problem wollen wir bewältigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Sie sind der Auffassung, dass wir mehr an Substanz verlieren sollten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen nichts anderes als einen technologieoffenen Energiemix. In diesem Energiemix spielen die erneuerbaren Energien einen ganz zentralen Part.

Ich will in der verbleibenden Zeit noch kurz auf unseren Antrag, den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, betreffend Landesinitiative Energieeinsparung eingehen. Als ersten Punkt will ich das Energiesparmobil ansprechen. Ich finde es schon schade, wie im Zusammenhang mit dem Energiesparmobil - Herr Thiele hat das schon gesagt - der NABU zum Teil diffamiert wird, wobei dies nicht nur für die dort hauptamtlich, sondern auch für die dort ehrenamtlich Tätigen gilt. Es gibt doch gerade beim Energiesparmobil eine hervorragende Verbindung von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Arbeit. Die Akzeptanz vor Ort zeigt, wie gut das Ganze angekommen ist.

Als zweiten Punkt möchte ich das Contracting ansprechen. Contracting ist - Herr Thiele hat es gesagt - ein sehr wichtiges Instrument. Ich habe das Gefühl, dass der Unmut, der bei den Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang leider wieder aufkommt, unmittelbar damit zusammenhängt, dass Private mit eingebunden werden sollen. Es geht beim Contracting darum, Privaten das Energiemanagement gerade in kommunalen Liegenschaften zu überlassen, also dann, wenn die Kommunen kein Geld mehr haben, um große Investitionen in Energiesparmaßnahmen zu tätigen, private Dritte einzubinden. Dabei wollen wir haushaltsrechtlich helfen, und zwar zunächst bei den Landesliegenschaften, insbesondere aber bei den Kommunen. Es bringt leider nicht sehr viel, wenn irgendwann im Gemeinderat beschlossen wird, dass für die Schule um die Ecke neue Fenster angeschafft werden sollen. Die Kommunen müssen gerade beim Energiesparen in Zukunft noch mehr tun. Das wissen die Kommunen vor Ort auch; dessen bin ich mir sicher. Wir müssen den Kommunen dabei helfen, weil sie die Aufgabe finanziell sonst nicht wuppen können. Deswegen ist das Contracting ein wichtiges Instrument. Ich bin zuversichtlich, dass die Landesregierung in dieser Frage noch einiges auf den Weg bringt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Mir liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen vor, und zwar von Herrn Wenzel und Herrn Meyer. Herr Wenzel, Sie haben für bis zu anderthalb Minuten das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Dürr, Sie pflegen hier immer noch merkwürdige Feindbilder und vermischen in der Diskussion immer alles; Sie tun es in einen Topf und meinen, daraus würde ein

ordentlicher Eintopf. Das ist aber leider nicht so. Die Ökosteuer war ein steuerliches Instrument, das Anreize für effizientes Verhalten und für Innovationen gesetzt hat,

(Christian Dürr [FDP]: Preiserhöhung!)

die dafür sorgen, dass mit Energie sinnvoller und sparsamer umgegangen wird. Das hat in Deutschland eine Diskussion befördert, die, auch weil sie so kontrovers geführt wurde, viele Unternehmen zum Nachdenken angeregt und dazu geführt hat, dass in solche neuen Technologien investiert wurde.

Auf einem ganz anderen Blatt stehen die steigenden Ölpreise. Dies haben wir nicht in der Hand. Darüber entscheiden andere, weil wir keine oder jedenfalls nur sehr kleine Ölquellen haben. Dass die Preise in diesem Bereich steigen werden, Herr Dürr, ist, auch wenn sie im Moment ein bisschen absinken, eine Tatsache, die in den entscheidenden Untersuchungen als unvermeidbar dargestellt wird. Deshalb müssen wir noch viel mehr Anstrengungen unternehmen, endlich unsere Potenziale zu nutzen. Es ist doch ein Elend, dass bei unseren öffentlichen Gebäuden - - -

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt ist Ihre Redezeit abgelaufen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

- - - nicht schon längst viel mehr passiert ist, Herr Dürr. Deshalb nützt es nichts, wenn wir hier immer nur mit der großen Keule aufeinander herumhauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herr Meyer das Wort für anderthalb Minuten. Dann können Sie antworten, Herr Dürr.

Rolf Meyer (SPD):

Ich möchte nur das mit den 80 % richtigstellen, weil Herr Kollege Dürr das nicht begreift; es war ihm schon im Ausschuss nicht zu vermitteln. Es geht um einen Anteil der erneuerbarer Energiequellen von 20 % am Primärenergieverbrauch. Das ist keine Erfindung der niedersächsischen Sozialdemokratie, sondern das wird als Teil des Aktionsplans Energie der EU wahrscheinlich im März beschlossen werden. Es ist doch gut, dass es diese EU-weite Zielsetzung geben wird und sich diese Bestrebungen nicht auf Deutschland beschränken. Wir sind in Niedersachsen doch am ehesten in der Lage, solche Vorgaben zu erfüllen.

Es ist kein Spaß mehr, wenn Sie mir das, was ich vorhin im Hinblick auf das Ministerium kritisiert habe, als eine Kritik am NABU auslegen. Das ist schlicht eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe zweimal deutlich darauf hingewiesen, dass ich es gut finde, dass der NABU dieses Energiesparmobil mit betreibt. Daraus abzuleiten, ich diffamierte die Arbeit des NABU, finde ich echt fies.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Dürr, bitte!

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es spannend, dass ich nach meinen Redebeiträgen immer von zwei Kurzinterventionen behelligt werde. Aber das ist völlig in Ordnung.

Zunächst zu Herrn Wenzel. Sie haben die Rechnung gerade erneut aufgemacht und gesagt, hohe Energiepreise aufgrund hoher Steuern führten zu mehr Effizienz. Ich sage nicht, dass man eine solche Rechnung nicht aufmachen kann, aber am Ende darf man sich dann über hohe Energiepreise nicht beschweren. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Meyer, auch in Ihrer Rechnung war etwas falsch. Das hat ja heute hier alles mit Mathematiknachhilfe zu tun.

(Werner Buß [SPD]: Schnösel!)

Wenn man sagt, man wolle 20 % erneuerbare Energien - ich habe nichts dagegen - und gleichzeitig aus der Kernenergie aussteigen, dann sind 100 % minus 20 % 80 %. An dieser Realität kommen am Ende auch Sozialdemokraten nicht vorbei.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 110. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 01.02.2007